

Liebe Freundinnen und Freunde der Demokratie.

Ich bin Ralph Bernhard und spreche für die Ideenwerkstatt Waldkirch „gegen Vergessen - für Demokratie“. Geboren wurde ich knapp sechs Monate nach dem Inkrafttreten unseres Grundgesetzes. Dieses einzigartige Regelwerk erzählt in 146 Artikeln unsere liberale Demokratie.

Es erklärt die **Würde** des Menschen für unantastbar und garantiert uns die **persönliche Freiheit**, die nur begrenzt ist durch das gleiche Recht der Mitmenschen. Es sichert die **Gleichheitsrechte**, die davon ausgehen, dass jeder Mensch in gleichem Maße wertvoll ist. Das Recht auf **soziale Teilhabe** beruht auf dem Wunsch, dass sich jeder Mensch dem anderen gegenüber wie eine Schwester oder Bruder fühlen soll. Und das Recht auf **politische Teilhabe** folgt dem Kernsatz, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Schließlich weist das **Friedensgebot** den Weg in eine gewaltfreie Zukunft. Freiheit also, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie und Frieden.

Diese Elemente des Zusammenlebens bescherten uns Menschen im Land eine bis dahin nie gekannte, lange Zeit des Friedens und des Wohlstandes. Wir alle hatten damit ein riesiges Glück, und wir sollten uns das immer vor Augen führen, ehe wir im Meckern versinken.

In dieser langen Zeit der Demokratie konnte und kann jeder frei seine Meinung sagen, wenn er dabei nicht gegen bestehende Strafgesetze verstößt. Da kann die AfD, da können Mister Vance und andere Rechtspopulisten noch so oft das Gegenteil behaupten.

Wir jedenfalls durften in den letzten Wochen sogar die Waldkircher Stadtoberen öffentlich kritisieren, weil sie den nationalen Gedenktag an den Holocaust nur im intimen Kreis begingen. Außer schrägen Blicken ist uns nichts passiert. Und man kann zuversichtlich hoffen, dass alle Beteiligten und Interessierten für das nächste Jahr gemeinsam nach offenen Wegen des Gedenkens suchen. So jedenfalls geht Demokratie.

Steht damit also alles zum Besten? Von wegen! Angesichts der bevorstehenden Wahlen kann einem um unsere Demokratie

mehr als bange werden. Auch in Baden-Württemberg. Noch mehr in Deutschlands Osten. Und auch in vielen anderen Teilen der Welt. Denn am rechten politischen Rand haben sich überall Kräfte breit gemacht, die die Demokratie nur dazu nutzen, um sie zu beseitigen.

In Russland ist das Putin längst gelungen. Das zeigen nicht zuletzt sein Umgang mit Oppositionellen wie Nawalny und der Einmarsch in die Ukraine. Und seit in den Vereinigten Staaten wieder ein Trump regiert, der seine eigenen Moralvorstellungen über Recht und Gesetz stellt, der Venezuela regieren, Grönland erobern und Canada zu einem Staat der USA machen will, und der die eigenen Bürger mit der Nationalgarde eiskalt bekämpft, dann ist auch dort die Demokratie in höchster Gefahr.

Bei uns aber zählt die AFD sowohl Putin als auch Trump zu ihren Vorbildern. Eine Partei-Delegation buckelt in Moskau und ihr Spitzenkandidat Markus Frohnmaier, von dem mancher sagt, er stehe unter russischer Kontrolle, holt sich ergänzend Ratschläge in Trumps Maga-Lager. Denn dort hält man seine Partei für die einzig wählbare in Deutschland. Von diesem Frohnmaier kennen wir den Ausruf: „Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet. Dann wird Politik nur für das Volk gemacht. Denn wir sind das Volk!“ Wer kann sich nicht vorstellen, was das für Baden-Württemberg heißen würde, wenn seine Partei nach der Wahl tatsächlich etwas zu sagen bekäme.

Die Rechtsradikalen haben es sich zur Strategie gemacht, den Leuten einzutrichtern, dass im Ländle nichts funktioniert. Mit ständigem Wiederholen von Krisenthemen, wie Corona und Energiekrise, Ukrainekrieg und Wirtschaftsflaute, Inflation, Überfremdung des Volkes und Gewalt auf den Straßen, versuchen sie, ein Gefühl der Dauerkrise zu erzeugen.

Ihr alleiniges Ziel dabei: die Menschen sollen resignieren, sich ins Private zurückziehen, und die Schnauze halten. So erzeugt man Friedhofs-Ruhe, in der man selbst, sobald die eigene Zeit gekommen ist, ungestört durchregieren und ein völkisches Regime errichten kann. Demokratie würde dabei nur stören.

Lassen wir das nicht mit uns machen! Verhindern wir es, indem wir zwei entscheidende Schritte tun. Wir müssen uns erinnern - und wir müssen aktiv für die Demokratie eintreten!

Erinnern müssen wir uns daran, dass sich schon einmal eine Alternative in Deutschland auf den Weg gemacht hat, die damalige Weimarer Demokratie zu beseitigen. Vor 100 Jahren gelang es der NSDAP mit den gleichen Methoden wie heute, und mit fast identischen Vorstellungen und Absichten, erst schleichend, dann galoppierend, die verunsicherten Menschen an sich zu ketten, und sie dann in die größte Katastrophe der Neuzeit zu führen.

Das zu vergessen wäre fatal. Denn wer sich nicht erinnert, kann die drohende Gefahr der Wiederholung nicht erkennen. Dem fällt auch nicht auf, dass die AfD ihren Parteitag völlig ungeniert auf den 4. Juli 2026 legt, auf den Tag genau hundert Jahre nach dem ersten großen Reichsparteitag der NSDAP nach ihrer Neugründung. Deutlicher kann ein Thüringer Geschichtslehrer nicht zeigen, in welcher Tradition seine Partei steht!

Wenn wir so etwas aber nicht einmal zur Kenntnis nehmen, dann laufen wir wie die Schlafwandler in eine Zeit hinein, die sich in nichts mehr von der Zeit um 1933 herum unterscheidet.

Und deshalb genügt es auch nicht, wenn der Oberbürgermeister und einige Stadträte sich allein erinnern. Wir alle, die Bürger, müssen zum Erinnern mitgenommen werden, denn wir sind es, die mit unseren Wählerstimmen entscheiden, ob die Demokratie im Land noch eine Überlebenschance hat.

Und deshalb auch die zweite Bitte zum Schluss: **Engagieren** wir uns, jeder für sich und alle gemeinsam, für die liberale Demokratie. Leisten wir Überzeugungsarbeit, wo immer wir auf andere Menschen treffen. Und gehen wir wählen.

Zeigen wir den blau Eingefärbten die rote, grüne oder auch schwarze Karte und schicken sie zurück in den braunen Schoß, aus dem sie hervorgekrochen kamen. Schicken wir sie wieder zurück in die Bedeutungslosigkeit.

Vielen Dank.